

Offene Worte

Online Nr. 184

Zeitung der LINKEN für den Barnim 26. Juni 2022, 32. Jahrg.

LINKE Eberswalde: Taktverdichtung zwischen Berlin und Angermünde und Erhalt der Regionalbahn nach Templin

Anhörung zur Fortschreibung des Landesnahverkehrsplanes: Szenario für die Region ist nicht hinnehmbar

Im Rahmen der Mitbeteiligung wurde die Stadt Eberswalde zum Entwurf des Landesnahverkehrsplan (LNVP) 2023-2027 angehört. Die beabsichtigte Stellungnahme wurde dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt vorab übergeben. In diesem Schreiben weist die Stadt auf erhebliche Mängel dieser Planung hin und fordert entsprechende Korrekturen.

Die Fraktion der LINKEN in Eberswalde unterstützt diese For-

derungen. Allein die Tatsache, welches Datenmaterial Basis des Entwurfes ist, zeigt auf, mit welcher Empathie an diesem Thema gearbeitet wurde. Ein Vergleich der Bevölkerungszahlen von 2019 mit 1991 kann nur einen erheblichen Rückgang an Einwohnern suggerieren. Die seit 10 Jahren wieder steigenden Einwohnerzahlen werden dabei völlig negiert. Das im LNVP dargestellte Szenario ist für unsere Region so nicht hinnehmbar!

Eberswalde benötigt dringend eine Taktverdichtung des RE 3 insbesondere im Abschnitt Berlin-Eberswalde-Angermünde auf 30 Minuten. Ebenso ist ein weiterer Ausbau der Leit- und Sicherungstechnik sowie die Kapazitätserhöhung bei Sitz- und Fahrradmitnahmeplätzen notwendig.

Als unbefriedigend haben wir die Aussagen der Stadt zur RB 63 (Eberswalde-Templin) bemängelt. Hier ist ausführlicher und dringlicher

auf die Notwendigkeit des Erhalts der Bahnstrecke einzugehen, die zum 31. Dezember 2022 eingestellt werden soll. Dieser Querverbindung ist dauerhaft notwendig. Langfristig ist die Weiterführung der Strecke bis Berlin einzufordern. Durch Wegfall des Umsteigens würde sich die Angebotsqualität weiter erhöhen und insbesondere durch mehr Pendler:innen genutzt werden.

Karin Wagner, DIE LINKE Eberswalde

DIE LINKE im Landtag: 365 Euro-Ticket ab 2023

SPD, CDU, Grüne lehnten am 23. Juni im Landtag Vorhaben ihres eigenen Koalitionsvertrages ab

Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets bis zum Jahresende sowie die Einführung eines 365-Euro-Tickets im nächsten Jahr – dies beantragte die Fraktion der LINKEN am 23. Juni im Brandenburger Landtag.

Die Einführung des 9-Euro-Tickets war eine finanzielle Entlastung für Brandenburger:innen und ein erster Anreiz zum Umsteigen auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), das hatte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Büttner, bereits zuvor auf einer Pressekonferenz erläutert. Zugleich hatte er auf die Probleme im ländlichen Raum hingewiesen, wo die Landesregierung sogar Streckenstilllegungen plant. Als Beispiel nannte er die Regionalbahn 63 zwischen Eberswalde-Joachimsthal-Templin (siehe oben). „Zur Gewährleistung eines ÖPNV-Grundangebotes sowie aus Gründen des Klimaschutzes braucht es einen konsequenten, flächendeckenden

Ausbau des ÖPNV“, heißt es deshalb im Antrag der LINKEN. Der Bedarf eines funktionierenden ÖPNV sei hoch, für Pendler:innen in den Städten wie auch auf dem Land. Die bisherige Erfahrung mit dem 9-Euro-Ticket habe gezeigt, dass viele Menschen bereit für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV sind.

DIE LINKE spricht sich deshalb für dauerhaft niedrige Preise und einheitliche Tarife aus. Büttner betonte in einer Pressekonferenz, dass das 9-Euro-Ticket eine wichtige sozialpolitische Maßnahme sei. In Brandenburg seien etwa 500.000 Tickets verkauft worden. Andererseits würde man aus dem Bedarf in den Sommermonaten Juni bis August nicht schließen können, ob die Tickets auch tatsächlich dazu führen können, dass die Menschen auf den ÖPNV umsteigen. Das müsse aber dringend evaluiert werden. Auch deshalb will DIE LINKE das Ticket bis zum Jahresende verlängert sehen. Dazu müsse sich das Land



beim Bund stark machen.

Ab 2023 befürwortet DIE LINKE die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets innerhalb des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB). Dazu solle die Landesregierung mit dem VBB verhandeln, und dem zuständigen Fachausschuss darüber regelmäßig Bericht zu erstatten. Auch hier sollte mit dem Bund über Kofinanzierung ver-

handelt werden. Im Übrigen sei dies ein Vorhaben der Landesregierung, so betonte Büttner, das im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist – und das die Landesregierung bisher nicht in Angriff genommen hat.

Der Landtag lehnte den Antrag am 23. Juni ab. Und die Koalitionsfraktionen SPD, CDU und Grüne damit ein Vorhaben ihres eigenen Koalitionsvertrages. **bc**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
29. Juni 2022